

Übel riechende Wasserprobe verdeutlicht den Ernst der Lage

Landtag fordert Sanierung des „Iveco“-Geländes

Umweltausschuss ruft Staatsregierung zum sofortigen Handeln auf / Ebersberger Landratsamt stellt Ultimatum

Von Sabina Griffith

Kirchseeon Der Umweltausschuss des Bayerischen Landtags hat die Sanierung des sogenannten „Iveco“-Geländes in der Gemeinde Kirchseeon (Landkreis Ebersberg) zur Chefsache erklärt. Einstimmig forderten die Abgeordneten gestern die Staatsregierung auf, die Bemühungen der Gemeinde und des Landkreises nachhaltig zu unterstützen und auf die sofortige Sanierung des ehemaligen Bahnschwellenwerks hinzuwirken. Der Ausschuss folgte damit einem Antrag der SPD-Abgeordneten Bärbel Narnhammer, die damit auf die Dringlichkeit der Maßnahme hinweisen wollte.

Zwischen 1869 und 1956 betrieb zunächst die Reichsbahn und später die Bundesbahn in Kirchseeon ein Schwellenimpregnierwerk. Chemikalien wie Steinkohlenteeröle, Quecksilber und Zink sind über Jahre hinweg ungehindert in das Erdreich gesickert, inzwischen haben sie den Grundwasserspiegel erreicht. Eine Probe davon hielten Vertreterinnen der Bürgerinitiative den Abgeordneten gestern unter die Nase. „Unvorstellbar“, sagte die stellvertretende Ausschuss-Vorsitzende Ruth Paulig (Bündnis 90/Die Grünen) nach der Schnuffel-



Wohl bekomm's: Der CSU-Abgeordnete Joachim Haedke mit Susanne Schmidt (links) und Marij Krill von der Kirchseeoner Bürgerinitiative „Wasser ist Leben“ bei der Schnuffelprobe im Bayerischen Landtag.

Foto: Griffith

probe an dem übel riechenden Nass. Auch Josef Göppel (CSU) war beeindruckt: „Hier ist Gefahr in Verzug.“

Dass unter dem Kirchseeoner Erdreich tatsächlich eine Zeitbombe schlummert, hat auch das Wasserwirtschaftsamt mehrfach betont, nachdem im Abstrom Spuren von polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) gemessen wurden. Dennoch sind Bund und Bahn bis heute ihrer Sanierungs-Verantwortung nicht nachgekommen. Das hatte den Ebersberger Landrat Hans Vollhardt im Mai dazu veranlasst, eine Anordnung gegen das Bundesseisenbahnvermögen zu erlassen, um die Rechtsnachfolgerin der Bundesbahn in die Pflicht zu nehmen. Doch wie erwartet legte man in Berlin Widerspruch ein. Um einen Jahre währenden Rechtsstreit zu vermeiden, einigte man sich schließlich im Herbst auf Initiative der bisherigen Umweltstaatssekretärin und neuen Sozialministerin Christa Stewens auf einen Vertrag. Doch auch der ist noch nicht unterzeichnet. Bis zum 31. Januar hat der Landrat der Gegenseite Zeit gegeben. Liegt das Papier nicht bis Mittwoch auf seinem Tisch wird er handeln. Die Vorbereitungen zum „worst case“, wie er sagt, laufen bereits.